

3772/J XXI.GP

Eingelangt am: 18.04.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Zukunft des Wohnbaus

Anlässlich eines Symposiums über geförderten Wohnbau Anfang März 2002 äußerten diverse Expertinnen gravierende Bedenken und Befürchtungen über die zukünftige Finanzierung des Wohnbaus und die damit verbundene Preisentwicklung im Wohnungsbereich. Einem jährlichen Neubaubedarf von 45.000 bis 50.000 Wohnungen (ohne Einbezug der Ostöffnung), der alleine durch den jährlichen Abriss von 38.000 Wohnungen erforderlich ist, steht auf Grund der Verwendung von Wohnbaumitteln der Länder zur Budgetsanierung ein Absinken der Wohnbauleistung auf 38.000 Wohnungen pro Jahr gegenüber. Dadurch käme es zu einer Kündigung des Generationenvertrags, die gesellschaftspolitischen Sprengstoff in sich trägt, denn es drohe die Umverteilung der ökonomischen Ressourcen in Richtung der Immobilienbesitzer (Michael Wagner-Pinter "Der Standard", 12.3.2002, A1, A2).

Im Durchschnitt dürfe deshalb die Runderneuerung der Wohnsubstanz nicht mehr als 30 Jahre dauern, pro 1000 bestehenden Wohnungen seien zumindest 10 Neubauwohnungen nötig. Zur Steuerungsfunktion der öffentlichen Hand müssen 10 Prozent des Neubaus befördert werden, damit 10 Prozent der Haushalte einen gesicherten Zugang zu leistbarem Wohnen erhielten.

Durch die Gesetzesänderungen 2001 wurde die Zweckbindung der Rückflüsse für den Wohnbau größtenteils aufgehoben, der Spielraum für die Verwendung weitete sich, wodurch die Wohnbaumittel knapper wurden. Die Wohnbauförderung wurde der Budgetkonsolidierung untergeordnet.

Diese kurzfristigen Effekte sind jedoch angesichts der Klimaschutzerfordernisse, der Krise in der Bauwirtschaft und der langfristigen Erfordernisse des Wohnbaus wieder zu korrigieren.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Auf welche Weise gedenken Sie dem Wohnbau wieder die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen?
2. Denken Sie wieder an eine Einführung der Zweckwidmung der Rückflüsse?
3. Sollen Ihrer Meinung nach die Erlöse aus den Verkäufen der aushaftenden Darlehen in den Bundesländern wieder dem Wohnbau zufließen?
4. In welcher Form gedenken Sie die nächsten FAG-Verhandlungen in Richtung Wohnbaumaßnahmen zu lenken?
5. Auf welche Weise werden Sie die Länder dazu motivieren, das entsprechende Ausmaß an Wohnbaumitteln zur Verfügung zu stellen?
6. Durch welche steuerliche Anreize gedenken Sie den Wohnbau wieder verstärkt Mittel zuzuführen?